

Die Kommission Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Sozialpolitik beim Parteivorstand der SED/PDS unterbreitet der Öffentlichkeit nachfolgenden Standpunkt der Partei des Demokratischen Sozialismus zu einer Reihe von Grundfragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik zur Diskussion.

## **Zu Grundfragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik**

Entwurf

**Im Einklang mit den vom Volk eingeleiteten und getragenen tiefgreifenden politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Veränderungen in der DDR tritt die Partei des Demokratischen Sozialismus für eine demokratische, leistungsorientierte, effiziente, sozial gerechte und ökologischen Erfordernissen verpflichtete Marktwirtschaft ein.**

Das erfordert einen radikalen Bruch mit dem bisherigen zentralistischen Kommandosystem der Wirtschaft.

Es ist eine wichtige historische Erfahrung für uns, daß dieses System die Triebkräfte des internationalen Marktes nicht ersetzen kann und der Marktwirtschaft unterlegen ist.

Unsere Partei geht grundsätzlich davon aus, daß eine Wirtschaft, die Wohlstand für alle schafft, zuallererst eine effiziente Wirtschaft sein muß.

Das ist die wichtigste Bedingung, damit die Mittel zur Befriedigung der Ansprüche an sozialistische Lebensqualität auch erwirtschaftet werden.

Für die Partei des Demokratischen Sozialismus gibt es zur Marktwirtschaft keine Alternative. Sie sieht ihr Ziel darin, diese Marktwirtschaft sozial und ökologisch auszugestalten.

Sie wendet sich zugleich gegen Auffassungen, die in der Anwendung marktwirtschaftlicher Prinzipien das Allheilmittel zur Lösung aller wirtschaftlichen und sozialen Probleme sehen. Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen selbst in den höchstentwickelten kapitalistischen Industrieländern beweisen in unmißverständlicher Weise, daß die Wahrung elementarer Lebensinteressen der Menschen, wie das Recht auf Arbeit und gesicherte Existenz, eine saubere Umwelt und die Lösung grundlegender Aufgaben für die Zukunft, gerade unter Marktbedingungen einer demokratischen Mitsprache und Kontrolle von progressiven, mit den Interessen der Werktätigen verbundenen gesellschaftlichen Kräften bedarf.

Die Partei des Demokratischen Sozialismus unterstreicht ihren Willen zu einer von sozialistischen Grundwerten und Idealen geprägten gesellschaftlichen Entwicklung.

Zu diesen Grundwerten und Idealen gehört, daß

- das Leistungsprinzip in der Sphäre der Arbeit als Maß sozialer Gerechtigkeit durchgesetzt und die demokratische Mitwirkung der Werktätigen überall gesichert wird;
- das Recht auf Arbeit gewährleistet und niemand von den Ergebnissen des ökonomischen Fortschritts ausgegrenzt wird;
- das Netz sozialer Sicherungen erhalten und ausgebaut wird, das die Familien fördert und Rentnern und weniger leistungsfähigen Menschen eine gesicherte materielle Existenz und ein sinnerfülltes Leben ermöglicht;

- den Kindern besondere Fürsorge der Gesellschaft zuteil werden läßt und der heranwachsenden Jugend gleiche Entwicklungs- und Bildungschancen einräumt;
- die Erhaltung der Gesundheit als elementares Lebensrecht für niemanden vom Geldbeutel abhängt;
- die Gesellschaft einer umweltschonenden Produktions- und Lebensweise verpflichtet ist.

**Die Partei des Demokratischen Sozialismus setzt sich ein für eine nach demokratischen Grundsätzen zu erarbeitende Strukturpolitik, die das reale materielle und geistige Potential unseres Landes voll ausschöpft und die sich konsequent am Bedarf des Binnen- und Außenmarktes orientiert.**

Für vorrangige Schwerpunkte anstehender strukturpolitischer Entscheidungen halten wir die

- Energiepolitik
- Grundrichtungen der Entwicklung des Maschinenbaus einschließlich der Zulieferindustrie
- Modernisierung technischer Infrastrukturen
- Verbesserung des Umweltschutzes
- Wir sind für die Überwindung der einseitigen Bindung der Energieversorgung an die Rohbraunkohle, die Einführung umweltschonender Technologien bei der Elektroenergie- und Wärmeerzeugung und für die radikale Durchsetzung der rationalen Energieanwendung bis zur Stilllegung energetisch ungünstiger und ökologisch schädlicher Produktionskapazitäten. Einsparung an Energie ist der beste Umweltschutz.
- Auf dem Gebiet der technischen Infrastruktur muß das Schwergewicht der Modernisierung auf solche für die gesamte Gesellschaft bestimmenden Bereiche gerichtet werden wie
- Verkehrswesen, insbesondere die Eisenbahn
- Kommunikationswesen, insbesondere das Telefonnetz und die gesamte Datenübertragung
- die Infrastruktur der Territorien, Städte und Gemeinden.
- Eine auf höhere Effektivität und Produktivität gerichtete Strukturpolitik muß zugleich für eine höhere Lebensqualität, insbesondere für Erleichterungen im Alltagsleben der Menschen, wirksam gemacht werden. Besondere Aufmerksamkeit gilt hierbei ökologischen Konsequenzen der Strukturpolitik von Beginn an. Das erfordert radikales Umdenken im Konfliktfeld Ökologie/Ökonomie sowie die Bereitschaft, bisherige Prioritäten zu prüfen und neu zu setzen.
- Dabei sind die vorhandenen gesellschaftlichen und natürlichen Bedingungen der DDR konsequent zu nutzen wie
- das fachliche Können und das Schöpfungsfertum der Werktätigen
- die unternehmerische Initiative und Erfahrung der Leiter in den Wirtschaftseinheiten aller Eigentumsformen
- der relativ hohe Grad der Eigenversorgung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen
- die sich aus der geografischen Lage der DDR im Zentrum Europas ergebenden Handlungsspielräume als Dreh-

scheibe der Ost-West- und Nord-Süd-Wirtschaftsbeziehungen.

**Unsere Partei tritt für eine weitoffene Wirtschaft der DDR und die aktive Nutzung der Vorzüge der internationalen Arbeitsteilung und Kooperation ein.**

Wir halten es für erforderlich, die in der Vergangenheit mit autarken Lösungen verbundene Zersplitterung des Wissens- und Produktionspotentials unseres Landes auf diesem Wege rasch zu überwinden und eine flexible, auf die Erfordernisse des Weltmarktes orientierte Produktions- und Außenhandelsstruktur nach den Maßstäben höchster Effizienz zu gestalten.

– Wir sind für eine Zusammenarbeit im RGW nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten, die neu zu gestalten und in die gesamteuropäische Zusammenarbeit zu integrieren ist.

Mit der Einführung freikonvertierbarer Währungen in den Wirtschaftsbeziehungen mit den RGW-Ländern anstelle des transferablen Rubels wird eine wichtige Voraussetzung für die Einbeziehung in die weltweite Zusammenarbeit geschaffen.

– Im Rahmen der Ausgestaltung der Vertragsgemeinschaft mit der BRD sind wir für eine allseitige Förderung gegenseitig vorteilhafter Kooperationsbeziehungen, gemeinsame Betriebe und andere progressive Formen des unmittelbaren Zusammenwirkens.

Im Interesse wirksamer Schritte auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet sind wir für schnelle, unverzügliche Realisierung solcher Vorhaben in allen Bereichen der Wirtschaft bei Gewährleistung des Mitbestimmungsrechtes der Werktätigen. Wichtiger Bestandteil einer Vertragsgemeinschaft und ihrer Ausgestaltung im Rahmen einer deutschen Konföderation sollte ein Wirtschafts-, Währungs- und Sozialverbund sein.

Vordringlich sollten all die Fragen zwischen den Vertretern der DDR und der BRD beraten und vereinbart werden, die negative soziale Wirkungen für die Werktätigen und besonders für die sozial schwachen Bevölkerungsgruppen verhindern bzw. so weit wie möglich einschränken. Das betrifft unter anderem Vereinbarungen, um Schwarzarbeit und den Doppelbezug von Renten zu verhindern, um das Recht auf Arbeit zu gewährleisten, um die sozialen Leistungen vor allem für kinderreiche Familien und Alleinstehende mit Kindern zu erhalten.

– Wir halten es für notwendig, Schritte der engeren Kooperation bis zur Mitgliedschaft der DDR in der Europäischen Gemeinschaft zu gehen. Mit einer nach marktwirtschaftlichen Erfordernissen gestalteten Wirtschaftsreform sind die dazu notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Wir sehen darin einen wichtigen Schritt zum weiteren Ausbau der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen auf dem Weg zu einer gesamteuropäischen Konföderation.

– Durch ausländische Kapitalbeteiligungen in der volkseigenen, genossenschaftlichen und privaten Wirtschaft sollte die dringend erforderliche Modernisierung und Erweiterung wichtiger Produktionskapazitäten beschleunigt werden.

– Wir sind für eine Aufhebung des Außenhandelsmonopols in einer raschen Schrittfolge, um Unternehmen aller Eigentumsformen den Zugang zu den Außenmärkten für effektiven Export und Import sowie stabile internationale Kooperationsbeziehungen zu gewährleisten. Das erfordert die schrittweise Abschaffung des bisherigen Systems der Zentralisation der Devisenbewirtschaftung und der nach Waren und Ländern detaillierten staatlichen Exportbeauftragung.

Staatliche Maßnahmen sollten die außenwirtschaftlichen Aktivitäten der Wirtschaftseinheiten fördern. Notwendige Regulierungen müßten auf wesentliche gesamtwirtschaftliche Erfordernisse beschränkt sein.

**Die Partei des Demokratischen Sozialismus setzt sich für eine Wirtschaftspolitik ein, die ökologischen Erforder-**

**nissen entspricht, eine Politik, die irreversible Naturschäden nicht mehr zuläßt.**

Neuinvestitionen dürfen nur noch gestattet werden, wenn der Umweltschutz gesichert ist. Abrechenbare konkrete Objekte der Umweltsanierung müssen öffentlich nach Rang- und Reihenfolge diskutiert und kontrolliert werden. Nur bei konsequenter ökologischer Orientierung können wir international wettbewerbsfähig werden.

Humanistische Lösungen von Umweltproblemen erreicht man nicht durch Schönfärberei oder unrealistische Forderungskataloge. Der wesentliche Weg sind neue Technologien, die das Übel an der Quelle bekämpfen – die Verursacher müssen gezwungen werden, die Probleme zu lösen.

Das Gewicht der Naturressourcen im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß gilt es richtig sichtbar zu machen. Durch die Bewertung der Naturressourcen und der Gratsdienste der Natur sollen wesentliche Voraussetzungen zur Strategienbildung der Gesellschaft in bezug auf die weitere Art und Weise der Naturnutzung geschaffen und solche stimulierenden Wirkungen auf die Naturnutzer ausgeübt werden, daß Naturressourcen rationell genutzt und die Naturgrundlagen erhalten und planmäßig gestaltet werden.

Die Umweltreproduktion wird zu einer existentiellen Notwendigkeit der Gesellschaft. Das erfordert eine neue gesellschaftliche Kostenrechnung und eine veränderte Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit. Die bisherige betriebliche bzw. bestenfalls partielle volkswirtschaftliche Aufwandsbetrachtung sollte zum komplexen Reproduktionsaufwand der Naturbedingungen ausgeweitet werden. Durch den Ausweis der vollen volkswirtschaftlichen Aufwendungen ergeben sich Konsequenzen für das Preissystem und für die volkswirtschaftliche Bewertung der Erzeugnis-, Verfahrens- und Technologieentwicklung bis hin zur Bestimmung sinnvoller und rationeller Konsumtionsformen und -strukturen.

Die richtige Bewertung von Naturressourcen darf nicht nur vom Naturpotential als Komplex ausgehen, sondern muß zugleich die Verarbeitungskette Naturressource – Rohmaterial – Final- bzw. Halbfertigerzeugnisse – Abfall – Sekundärrohstoffe und die dem entsprechenden wertmäßigen Prozesse umfassen. Dies erfordert die verstärkte Gestaltung geschlossener Stoffkreisläufe. Ausgehend von den Möglichkeiten und Grenzen geschlossener Stoffkreisläufe müßte die einfache Reproduktion des Materialfonds der Volkswirtschaft zunehmend aus Sekundärrohstoffen gedeckt werden.

Rationelle Nutzung und Schutz der Natur sind im Sozialismus untrennbar mit dem Prozeß der umfassenden Intensivierung verbunden. Dazu sollten verstärkt umweltreproduktive Maßnahmen in die wirtschaftliche Rechnungsführung der Kombinate und Betriebe einbezogen werden. Dies erlangt insbesondere wachsende Bedeutung mit dem Übergang der Kombinate zur umfassenden Eigenerwirtschaftung.

**Die Partei des Demokratischen Sozialismus tritt für eine Einkommens- und Sozialpolitik in der DDR ein, mit der alle Schichten der Bevölkerung an den volkswirtschaftlichen Ergebnissen interessiert und beteiligt werden.**

Es gilt vor allem unter den qualitativ veränderten Bedingungen einer Marktwirtschaft und der internationalen Öffnung der DDR soziale Sicherheit und Gerechtigkeit für alle Bürger zu erhalten.

– Das Recht auf Arbeit, besonders auch für Frauen und ältere Werktätige, muß gesichert werden. Für Werktätige, die im

Ergebnis von Strukturveränderungen und Rationalisierungsmaßnahmen von ihren bisherigen Arbeitsplätzen freigesetzt werden, sollen Programme der Arbeitsbeschaffung, verbunden mit Maßnahmen der Umschulung und sozialen Sicherstellung, entwickelt werden.

– Wir bekennen uns zur konsequenten Wirkung des Leistungsprinzips. Soziale Sicherheit kann nur Ergebnis der Arbeit sein. Das schließt den Schutz sozial Schwacher ein. Es gilt die Inkonsequenz bei der Anwendung des Leistungsprinzips und einseitige Auffassungen von der sozialen Sicherheit zu überwinden.

– Unsere Partei tritt für den Abbau von Arbeiterschwernissen und gesundheitsschädigenden Arbeitsbedingungen ein. Wir sind dafür, den Arbeitsschutz und die technische Sicherheit konsequent zu gewährleisten.

– Wir unterstützen die Tarifautonomie der Gewerkschaften und die Einführung von Gewinnbeteiligung der Belegschaften in Form von Aktien oder Gewinnzertifikaten.

– Wir treten dafür ein, daß der notwendige Abbau von Subventionen mit einem personengebundenen Ausgleich insbesondere für kinderreiche Familien, Alleinerziehende, für Rentner und Behinderte verbunden wird. Preisänderungen dürfen nicht auf dem Rücken sozial Schwacher erfolgen.

**Die Partei des Demokratischen Sozialismus tritt dafür ein, auf der Grundlage der vollen Entfaltung der Ware-Geld-Beziehungen das Finanz- und Bankwesen neu zu gestalten und auf die Durchsetzung ökonomischer Formen des Wirtschaftens entsprechend den Erfordernissen des Marktes auszurichten.**

– Wir sind für eine eigenständige Finanzwirtschaft der Unternehmen. Die ökonomisch und juristisch selbständigen Betriebe bzw. Kombinate sollten selbständig über ihre erwirtschafteten Mittel entscheiden können, die ihnen nach Abführung von Steuern und Abgaben an den Staat und an die Kommunen für die erweiterte Reproduktion und die Beteiligung der Werktätigen am wirtschaftlichen Ergebnis verbleiben. Wir sind für eine umfassende Steuer- und Preisreform, mit der für die Unternehmen aller Eigentumsformen gleiche Bedingungen für den ökonomischen Wettbewerb geschaffen und Anreize für Leistungssteigerung und Innovation gegeben werden. Bei Gewährleistung der Zahlungsfähigkeit und Kreditwürdigkeit der DDR sollten die Unternehmen schrittweise auch die von ihnen erwirtschafteten Valuten eigenverantwortlich verwenden können.

– Unsere Partei ist für eine Umgestaltung des Aufbaus und der Funktion des Staatshaushaltes mit dem Ziel seiner Demokratisierung und Transparenz bei Verstärkung der parlamentarischen Kontrolle. Der Hauptteil der Einnahmen sollte künftig über Steuern der Betriebe bzw. Kombinate realisiert werden. Die Ausgaben des Staatshaushaltes sollten im wesentlichen auf die staatliche Förderung von nationalen Forschungs- und Entwicklungsprojekten, von Maßnahmen des Umweltschutzes, der Sozialpolitik, der Bildung und Kultur sowie des Sports konzentriert werden. Wir sind für eine Finanzreform in den Kommunen, die ihre eigene Einnahmehasis, besonders durch die Einführung einer Kommunalsteuer der im Ort ansässigen Betriebe, stärkt und der Selbstverwaltung der Territorien dient.

Zur Durchsetzung einer parlamentarischen Kontrolle des Staatshaushaltes sollte ein von den Volksvertretungen berufenes und von den Exekutivorganen unabhängiges Finanzkontrollorgan geschaffen werden.

– Wir setzen uns für eine leistungs- und effektivitätsorientierte moderne Geld- und Kreditwirtschaft und die Reform des Bankwesens der DDR ein. Die Geld- und Kreditpolitik sollte auf die Sicherung der Stabilität der Währung und gegen Inflation gerichtet sein.

Wir sind gegen eine Währungsreform und für die Sicherheit der Spareinlagen der Bürgerinnen und Bürger.

Wir gehen davon aus, daß die Konvertibilität der Währung eine entscheidende Voraussetzung für die stärkere Integration der DDR in die internationale Arbeitsteilung und im Interesse der Bürger ist. Wir vertreten den Standpunkt, daß die Herstellung der vollen Konvertibilität ein längerer Prozeß ist, aber kurzfristig für die Wirtschaft und die Bevölkerung spürbare Teilschritte notwendig sind. Das Tempo der Einführung und Entfaltung der Konvertibilität ist vor allem davon abhängig, wie es gelingt, durch Erhöhung der eigenen Leistungen der Volkswirtschaft das Marktgleichgewicht herzustellen und die Valuta-einnahmen durch eine höhere internationale Wettbewerbsfähigkeit zu vergrößern.

Wir sind für die Umgestaltung der Staatsbank als von der Regierung unabhängige Zentralbank des Staates, die die Geldemission und die Geld- und Kreditpolitik in ihrer Gesamtheit insbesondere mit dem Ziel der Stabilisierung und des Schutzes der Währung bewußt steuert.

Die Geschäftsbanken sollten sich darauf konzentrieren, das effektive, marktgerechte Wirtschaften der Unternehmen aller Eigentumsformen auf vertraglicher Grundlage zu fördern. Die administrative Verteilung von Krediten sollte durch ihre Bindung an die Effektivität ersetzt werden. Wir sind für eine ökonomische Beratung der Betriebe und Kombinate durch die Banken zum kaufmännischen Umgang mit Geld, Kredit und Valuten.

– Wir sind für eine Reform des Versicherungswesens (Sach-, Personen-, Haftpflichtversicherung). Wir sind für die Schaffung moderner, international üblicher und wettbewerbsfähiger Versicherungsformen für die Befriedigung neu auftretender Versicherungsbedürfnisse der Wirtschaft und der Bürger.

– Wir treten für eine verstärkte Mitwirkung der DDR, von Banken und der Wirtschaft in internationalen Währungs-, Finanz- und Wirtschaftsorganisationen ein, bei gründlicher Prüfung der Bedingungen und Konsequenzen eines Beitritts.

**Die Partei des Demokratischen Sozialismus unterstützt die umfassende soziale und ökonomische Interessenvertretung der Werktätigen in den Betrieben, Unternehmen und Einrichtungen.**

Wirklich umfassende, demokratische Erneuerung ist nur durch tatsächliche Arbeiterdemokratie an der Basis möglich.

Wir gehen davon aus, daß die Sicherung der demokratischen Interessenvertretung unter den Bedingungen der Marktwirtschaft sowohl im Bereich des gesellschaftlichen Eigentums als auch im sich stärker entwickelnden privaten Eigentum und bei ausländischer Kapitalbeteiligung unter neuen Bedingungen erfolgen muß.

– Wir treten für freie, vom Staat, von allen Parteien, Organisationen und Bürgerbewegungen unabhängige starke Gewerkschaften ein, die ihre Basis im Betrieb haben.

Eigenständige Industriegewerkschaften und Gewerkschaften, freiwillig vereinigt in einem Gewerkschaftsbund, sind die Basis für eine starke Organisation demokratischer Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten.

– Wir sind für die freie demokratische Entscheidung der Werktätigen über die Gremien ihrer Interessenvertretung in den Betrieben und Unternehmen.

Starke Gewerkschaftsorganisationen haben ihren Platz in Betrieben aller Eigentumsformen.

Wir unterstützen die Bildung von Betriebsräten und ihre Arbeit für die Mitbestimmung bei der Durchsetzung der Einheit von leistungsorientiertem Wirtschaften und sozialer Interessenvertretung, wenn sie der Mehrheitsentscheidung der Belegschaften entspringen.

– Wir treten ein für die Bildung von demokratischen Vertre-

tungskörperschaften in Betrieben mit ausländischer Kapitalbeteiligung. Diese Körperschaften – gesellschaftliche Aufsichtsräte – aus geheim gewählten Vertretern der Werktätigen, der Leiter, der Kapitalgeber, des Territoriums, Experten u. a. sollten den Einfluß auf strategische Entscheidungen im Interesse der Beschäftigten sichern.

**Im Mittelpunkt der Agrarpolitik der Partei des Demokratischen Sozialismus stehen die LPG und VEG, die ökonomischen und sozialen Interessen der Genossenschaftsbauern und Arbeiter.** Wir sind dafür, daß die potentiell leistungsfähigen Strukturen unserer Landwirtschaft zu höherer Versorgungswirksamkeit, Effektivität und Wettbewerbsfähigkeit unter marktwirtschaftlichen Bedingungen und bei Anerkennung der ökonomischen und juristischen Gleichberechtigung aller Eigentums- und Organisationsformen geführt werden.

Eine wichtige versorgungspolitische Rolle kommt den Gärtnereischen Produktionsgenossenschaften und den Produktionsgenossenschaften der Binnen- und Hochseefischer zu.

– Wir sind – ohne Wenn und Aber – für die Selbstverwaltung der Genossenschaften und die Eigenverantwortung der volkseigenen Betriebe, denn das vorwiegend administrativ-bürokratische Leitungssystem wurde zu einem ernststen Hindernis für weiteren Fortschritt auf dem Lande.

Das schließt die volle Verfügungsgewalt der Bäuerinnen und Bauern über ihr genossenschaftliches Eigentum, die Überwindung der Entfremdung von Grund und Boden und die freie Entscheidung der Bäuerinnen und Bauern über die Art und Weise der Zusammenführung von Pflanzen- und Tierproduktion – auf dem Wege der Kooperation oder des Zusammenschlusses – ein. Sehr schnell sollten alle administrativen Hemmnisse beseitigt werden, die eine reale Verfügung der Genossenschaften über ihr wirtschaftliches Ergebnis behindern. Dazu gehört, daß die Vergütung der Arbeit sowohl nach dem Arbeitsmaß als auch nach den Arbeitsergebnissen, also nach dem Leistungsprinzip erfolgt und mit einer Gewinnbeteiligung entsprechend eingebrachten und erworbenen Genossenschaftsanteilen verknüpft wird.

– Wir unterstützen die Forderungen nach einer entschiedenen Verbesserung der Versorgung mit Produktionsmitteln und anderen industriellen Vorleistungen im Interesse der Stabilität und Modernisierung der materiell-technischen Basis der Agrarproduktion und damit der Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

Hierzu halten wir eine stärkere Ausrichtung der Industrie und des Außenhandels auf die Erfordernisse der eigenen Landwirtschaft für unerlässlich und sind dafür, daß im landwirtschaftseigenen Vorleistungsbereich Möglichkeiten für die Umprofilierung von Landtechnikbetrieben zu gemeinsamen Landmaschinenbetrieben mit ausländischer Beteiligung geschaffen werden.

– Wir halten die Verbindung von Agrarproduktion und Ökologie für unerlässlich. Das erfordert den schrittweisen Abbau der hohen Umweltbelastung, den Schutz der Biosphäre und die Sicherung gesunder Öko-Systeme als zwingende Maßstäbe und Bedingungen für die Gestaltung moderner Agrarproduktion, die strikte Verhinderung von einseitigem Produktionswachstum zu Lasten der Ökologie und der Reproduktionsfähigkeit der natürlichen Umwelt. Besonderer Schwerpunkt sind eine veränderte Intensivierungsstrategie für Trinkwasserschutzgebiete und Lösungen für die Gülleverwertung auf Standorten mit überdimensionierter Tierkonzentration.

– Wir erwarten von der Regierung, die ökonomischen Bedingungen so zu gestalten, daß die eigenen günstigen Standorte für eine spürbare Verbesserung des Angebots von Obst und Gemüse genutzt werden und der Import solcher Arten, die im eigenen Lande mit zu hohen Kosten produziert werden, ermöglicht wird.

– Wir unterstützen den weiteren Ausbau der individuellen Produktion und halten es für richtig, sie durch entsprechende staatliche Rahmenbedingungen und ein innerbetriebliches Vertragssystem in LPG und VEG so zu regeln, daß ihre Anpassungsfähigkeit an veränderte Marktsituationen genutzt wird und zugleich kein Gegensatz zur gesellschaftlichen Produktion entsteht.

– Wir treten dafür ein, daß die notwendige stärkere Einbeziehung der Landwirtschaft in die internationale Arbeitsteilung mit ihrem Schutz durch staatliche Maßnahmen verbunden wird. Das Erreichen einer höheren Wettbewerbsfähigkeit darf nicht auf dem Rücken der Bauern ausgetragen werden. Wir sind für das Weiterbestehen und die Festigung der LPG. Für unrentable und hochverschuldete Genossenschaften sollten zeitlich begrenzte Sanierungsmaßnahmen eingeleitet werden, die auch eine soziale Sicherstellung der Genossenschaftsbauern einschließen.

– Wir unterstützen die Erarbeitung neuer Rechtsgrundlagen, die den Prozeß der Demokratisierung und marktwirtschaftlichen Orientierung der Landwirtschaft fördern. Das betrifft vorrangig die Neufassung des LPG-Gesetzes bzw. die Erarbeitung eines Genossenschaftsgesetzes, wirtschaftsrechtliche Regelungen zur Vertragsproduktion, zur Preis-, Finanz-, Kredit-, Zins- und Steuerpolitik, ein Bodengesetz, das von der Gemeinnützigkeit der Bodennutzung ausgeht und verhindert, daß der Boden zum Spekulationsobjekt wird, sowie die erstmalige Schaffung eines Waldgesetzes in unserem Land.

– Wir treten für die gesicherte Perspektive eines jeden Dorfes ein.

Ausgangspunkt bei der Entwicklung der Dörfer können nur die Interessen ihrer Bewohner und nicht von „oben“ getroffene Festlegungen sein. Nur so läßt sich die Vernachlässigung von Ortsteilen und kleineren Dörfern schrittweise überwinden.

**Die Partei des Demokratischen Sozialismus tritt dafür ein, das private Handwerk und Gewerbe, die Produktionsgenossenschaften des Handwerks sowie Klein- und Mittelbetriebe mit privatem und gemischtem Eigentum zu fördern und ihre Leistungskraft für das Wohl der Menschen unseres Landes in einem demokratischen Sozialismus immer besser zur Wirkung zu bringen.**

Deshalb sind wir dafür, unverzüglich alle mit der alten dirigistischen Planwirtschaft verbundenen bürokratischen Hemmnisse und Bevormundungen zu beseitigen, damit sich die Initiativen in diesen Bereichen unter marktwirtschaftlichen Bedingungen chancengleich und breit entwickeln können. Wir halten das im Interesse einer Leistungssteigerung vor allem zur besseren Versorgung der Bevölkerung mit Reparaturen, Dienstleistungen und Konsumgütern, im Einzelhandel und Gaststättenwesen, aber auch bei der Entwicklung, Produktion und Vermarktung von Technologien, Produkten und Kooperationsleistungen mit hohem wissenschaftlich-technischen Niveau für dringend geboten.

– Notwendig ist, in kurzer Zeit eindeutige und überschaubare neue Rechtsgrundlagen zu schaffen.

Das betrifft ein neues Handwerks- und Gewerbegesetz, ein Genossenschaftsgesetz und ein neues Musterstatut für PGH sowie neue gesetzliche Regelungen für private und halbstaatliche Klein- und Mittelbetriebe einschließlich leistungsfördernder Kredit-, Steuer- und Preisregelungen. Für besonders dringend halten wir die schnelle Beseitigung der zu hohen und damit leistungshemmenden Steuerprogression.

Wo es im Interesse der höheren Effektivität für die Gesellschaft liegt, sollten Möglichkeiten der Umwandlung von Betrieben, die bis 1972 halbstaatlich oder privat waren, in privates bzw. Eigentum mit staatlicher Beteiligung genutzt werden.

Beim weiteren Ausbau des genossenschaftlichen Eigentums und der Entwicklung von Betrieben mit staatlicher Beteiligung

sollten auch bestehende kleinere volkseigene Betriebe und Betriebsteile eingebracht werden.

– Wir fordern überall eine rechtlich gesicherte Interessenvertretung der Beschäftigten in diesen Bereichen bei der Einflußnahme auf die Entwicklung einer effektiven Produktion, eine Entlohnung entsprechend dem Leistungsprinzip und gerechte soziale Bedingungen.

Das schließt eine Umgestaltung des Tarifsystems ein, um die bisher bestehenden ungerechtfertigten Differenzen bei gleicher Qualifikation und Leistung gegenüber volkseigenen Betrieben zu beseitigen. Notwendig ist eine gerechte Bewertung und Anerkennung der Leistungen der mitarbeitenden Ehegatten im privaten Handwerk und Gewerbe.

Das Eigentümerbewußtsein der in Genossenschaften und halbstaatlichen Betrieben Beschäftigten sollte bis hin zur finanziellen Beteiligung am Betriebsvermögen und entsprechend am Betriebsergebnis gefördert werden.

– Wir unterstützen die Umgestaltung der Handwerkskammern sowie der Handels- und Gewerkekammern zu demokratisch gewählten Interessenvertretungen des privaten und genossenschaftlichen Handwerks und Gewerbes sowie der privaten und halbstaatlichen Klein- und Mittelbetriebe vom Kreis bis zur Republikenebene und ihre vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den gewählten Volksvertretungen auf allen Ebenen.

– Wir sind für gleichberechtigte Bedingungen bei der materiell-technischen Versorgung der Betriebe aller Eigentumsformen.

Dazu gehören der Ausbau der Direktbeziehungen auf der Grundlage eigenverantwortlich zu gestaltender Liefer- und Leistungsverträge, die Erhöhung der Rolle der Einkaufs- und Liefergenossenschaften des Handwerks sowie die gleichberechtigte Versorgung der privaten Einzelhändler und Gastwirte.

Zum Ausbau der Leistungsfähigkeit und der materiell-technischen Basis von Handwerk und Gewerbe unterstützen wir die Kooperation und Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern bis hin zur Kapitalbeteiligung. Dabei tritt die Partei des Demokratischen Sozialismus für die Sicherung der Existenz der Handwerks- und Gewerbebetriebe in der DDR und die Wahrung ihrer Traditionen ein.

#### **Unsere Partei kämpft für eine stabile, zuverlässige und bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit Waren und Dienstleistungen als eine vorrangig zu lösende sozialpolitische und ökonomische Aufgabe.**

– Für eine vorrangige Aufgabe halten wir, ständig und überall im Lande eine gesunde Ernährung zu sichern, die sich auch jeder leisten kann.

Wir unterstützen alle Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, zuerst und vorrangig beim Grundbedarf die Stabilität des Binnenmarktes zu erreichen und unbedingt zu wahren.

– Es sollte ein umfangreiches, vielfältiges und ansprechendes Angebot an Konsumgütern und Dienstleistungen gewährleistet werden, das der hohen kaufkräftigen Nachfrage zunehmend besser entspricht.

Wir sehen in der Erhöhung vor allem des qualitativen Niveaus der Konsumgüter, der beschleunigten Bereitstellung von mehr und besseren modischen Erzeugnissen und hochwertigen technischen Produkten eine Hauptlinie zur Überwindung bestehender Ungleichgewichte auf dem Markt und zur besseren Durchsetzung des Leistungsprinzips.

– Die Partei des Demokratischen Sozialismus hält die beschleunigte Entwicklung der Konsumgüterindustrie sowie Land- und Nahrungsgüterwirtschaft für den Hauptweg zur spürbaren Angebotsverbesserung. Dabei sollten gezielt Voraussetzungen zur Erhöhung der Produktion modischer Erzeugnisse und hochwertiger technischer Konsumgüter ge-

schaffen werden. Es gilt, rasch die notwendigen Bedingungen zu schaffen, um besonders in den Klein- und Mittelbetrieben sowie in neu entstehenden privaten und genossenschaftlichen Unternehmen die Initiativen zur Verbesserung des Angebots an Konsumgütern und Dienstleistungen zu fördern.

Zugleich müssen die Ergebnisse und Vorzüge der internationalen Arbeitsteilung für jeden erlebbar werden. Besonders gilt es, die vielfältigen Formen der Wirtschaftskooperation mit der BRD und anderen Industrieländern verstärkt zu nutzen.

– Wir treten dafür ein, einen am Bedarf orientierten Angebotsmarkt zu schaffen.

Wir sind dafür, daß sich im Interesse der Kunden zwischen Händlern und Produzenten echte Marktbeziehungen entwickeln und das Prinzip der freien Partnerwahl schrittweise durchgesetzt wird.

Wir sind für das Überwinden vorhandener Erscheinungen von Monopolisierung, vor allem im Großhandel. Es muß sich das Prinzip des ökonomischen Wettstreites im Interesse bester Versorgung durchsetzen.

– Die Attraktivität und Vielfalt des Handels gegenüber den Kunden müssen deutlich verbessert werden. Deshalb sind wir für die chancengleiche Förderung des volkseigenen, konsumgenossenschaftlichen und privaten Handels sowie neuer, gemischter Eigentumsformen.

– Wir sind für die Verbesserung der materiell-technischen Bedingungen im Verkauf, bei der Lagerung und beim Transport, um körperlich schwere Arbeit, vor allem der Verkäuferinnen, einzuschränken und die Arbeits- und Lebensbedingungen aller Handelsmitarbeiter spürbar zu verbessern.

#### **Die Gesundheit ist ein fundamentales Lebensbedürfnis jedes Menschen.**

– Unsere Partei tritt für gesunde Arbeits-, Wohn- und Umweltbedingungen sowie die Erweiterung und Nutzung aller Möglichkeiten zur gesunden Lebensweise ein, für die die gesamte Gesellschaft und jeder einzelne verantwortlich sind.

– Wir sind für die Sicherung unverzichtbarer Grundwerte eines humanistischen Gesundheitswesens: Unentgeltlichkeit der medizinischen Betreuung, ihre allgemeine Zugänglichkeit, Chancengleichheit bei der Nutzung medizinischer Leistungen, die durch ein enges Zusammenwirken eines einheitlichen staatlichen Gesundheitswesens mit kirchlichen Einrichtungen und niedergelassenen Ärzten garantiert werden. Jeder Bürger muß sicher sein, daß im Krankheitsfalle das Notwendige getan wird, seine Gesundheit wieder herzustellen. Die Beziehungen zwischen Patient und Arzt dürfen nicht marktwirtschaftlichen Mechanismen unterworfen werden.

– Wir treten für ein dem unmittelbaren Dienst am Menschen gerecht werdendes gesellschaftliches Ansehen vor allem der Ärzte und Krankenschwestern, u.a. durch Förderung von Berufsverbänden und Interessenvertretungen, sowie eine leistungsorientierte Erhöhung der Entlohnung der im Gesundheits- und Sozialwesen Tätigen ein.

– Dazu ist notwendig, den Anteil des Gesundheits- und Sozialwesens am Nationaleinkommen zur Gewährleistung besserer Arbeits- und Betreuungsbedingungen zu erhöhen.

Wir setzen uns ein für den Stopp des weiteren Verfalls der Bausubstanz im Gesundheits- und Sozialwesen, insbesondere durch Erhöhung des Tempos der Rekonstruktion.

Erforderlich ist die ständige Sicherung der stabilen Versorgung mit Arzneimitteln, Verbrauchsmaterialien, Medizintechnik, einschließlich Reparatur- und Serviceleistungen.

– Wir sind für eine durchgreifende Demokratisierung des Gesundheits- und Sozialwesens, in dem Bürokratie und übertriebene Administration beseitigt werden und in den Kommunen zur Wahrnehmung ihrer Verantwortung für das Gesundheits- und Sozialwesen die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden.

– Wir treten für eine tiefgreifende Verbesserung der Bedingungen für die medizinische Forschung durch Beseitigung bürokratischer Hemmnisse, Ausbau der internationalen Zusammenarbeit, Bereitstellung moderner Forschungstechnik, Verwirklichung der neuen medizinischen Forschungsansätze »Gesunderhaltung des Menschen« und »Geistige Gesundheit« ein.

**Die Partei des Demokratischen Sozialismus wirkt dafür, daß solche Bedingungen in der humanen Solidargemeinschaft geschaffen werden, damit sich in ihr auch Menschen mit Behinderungen individuell verwirklichen können.**

– Das erfordert die volle Integration der Behinderten in die Gesellschaft, ihre eigenen aktiven Interessenvertretungen im demokratischen Pluralismus unserer Gesellschaft und die Schaffung solcher Bedingungen, die die materiell-technische Versorgung und die soziale Sicherheit der Behinderten garantieren.

**Unsere Partei tritt für eine Gesellschaft ein, die die aktive Teilnahme der älteren Bürger am öffentlichen Leben sichert, sie unterstützt, praktische Hilfe gewährt und vor Vereinsamung schützt.**

– Wir sind für die soziale Besserstellung der Rentner. Die Mindestrenten sollten wirksam erhöht werden. Wir halten die Ausarbeitung und öffentliche Diskussion eines Rentengesetzes für erforderlich, mit dem einheitliche Rentenregelungen gestaltet werden, die es allen Bürgern ermöglichen, durch eigene Beiträge eine höhere Rente zu erarbeiten.

Wir gehen davon aus, daß die Rentner auch in ihrem neuen Lebensabschnitt nützliche Mitglieder der Gesellschaft sind und daß dies für sie zu einer stets erlebbaren Erkenntnis wird. Es gilt, den spezifischen Bedingungen älterer Menschen für Wohnen, Freizeitgestaltung, Erholung und Urlaub verstärkt Rechnung zu tragen. Die Solidarität der Gesellschaft gegenüber den Rentnern gehört zu den Wertvorstellungen der Partei des Demokratischen Sozialismus. Hierfür sollte auch die Wirksamkeit der Volkssolidarität erhöht werden.

**Den Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung folgend betrachtet die Partei des Demokratischen Sozialismus die Sicherung und den Erhalt guter Wohnbedingungen zu erschwinglichen Mieten für alle als wichtige Aufgabe ihres politischen Wirkens.**

Sie tritt ein für einen an den Bedürfnissen der Menschen orientierten Wohnungsbau, für eine sozial gerechte und wirtschaftlich effektive Wohnungspolitik, für die Bewahrung der kulturellen Identität und die Verbesserung des baulichen Zustandes der Städte und Gemeinden.

– Wir sind dafür, daß Städtebau, Architektur, Wohnungsbau, wie das Bauen im kommunalen Bereich überhaupt vorwiegend in die Entscheidung der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Räte gelegt werden. Ünter breiter demokratischer Einbeziehung der Bürger entscheiden sie eigenständig, was und wie im Rahmen der verfügbaren Fonds gebaut werden soll.

– So wichtig die konsequente Hinwendung zum innerstädtischen Bauen ist, so unerläßlich ist zugleich für das Wohlbefinden der Menschen und das Vermeiden sozialer Konflikte, die neu entstandenen Stadtteile und Wohngebiete mit den erforderlichen Kindereinrichtungen, Sportstätten und Jugendclubs, Verkaufsstellen und Dienstleistungsbetrieben sowie Einrich-

tungen des Gesundheitswesens und der Kultur auszustatten, Straßen, Wege und Grünanlagen ordnungsgemäß zu gestalten. Hier gibt es vielerorts einen empfindlichen Nachholbedarf, so z. B. in Berlin-Hellersdorf.

Die örtlichen Volksvertretungen sollten dazu umgehend klare Entscheidungen zur Rang- und Reihenfolge der durchzuführenden Baumaßnahmen herbeiführen.

– Der sorgsamen Pflege und Instandsetzung der vorhandenen Wohnbausubstanz sollte unbedingt Vorrang eingeräumt werden. Verstärkt zu fördern sind die Modernisierung der sanitär-technischen Ausstattung der Wohnungen, die Verbesserung der Wärmedämmung und die Installation moderner Heizsysteme.

Wohnungsneubau sollte vorwiegend als Ersatz nicht rekonstruktionswürdiger, überalteter Substanz erfolgen. Entschieden besser ist den unterschiedlichen Wohnbedürfnissen Rechnung zu tragen, insbesondere für ältere Bürger und Menschen mit Behinderungen.

Weiter zu fördern ist die Errichtung von Einfamilienhäusern, vor allem innerhalb der bestehenden Ortslagen.

– Um dem zunehmenden Verfall von Altstädten und historisch gewachsenen Stadtteilen zu begegnen, verdienen die Sanierung von Altbaugebieten ebenso wie die Aufwertung und attraktive Gestaltung der Stadtzentren, Fußgängerbereiche und Radwege besondere Aufmerksamkeit. Für die Tätigkeit der Architekten, bildenden Künstler und Landschaftsgestalter bedeutet dies größere Anforderungen an berufliche Meisterschaft, zugleich aber auch die Chance höherer gesellschaftlicher Anerkennung. Zur festen Regel sollte es werden, für alle bedeutsamen Baumaßnahmen Wettbewerbe auszuschreiben, ihre Ergebnisse öffentlich vorzustellen und über ihre Durchführung erst nach gründlicher Beratung mit den Bürgern zu beschließen.

– Die bisher praktizierte Vernachlässigung der Sanierung und des Ausbaus der technischen und sozialen Infrastruktur der Städte und Gemeinden gilt es zielstrebig zu überwinden. Die Mittel dafür könnten aus der Einstellung extensiver Stadterweiterung gewonnen werden. Mit der Sanierung der Trinkwasser- und Abwassernetze, der Erweiterung der Abwasserreinigungsanlagen und dem Ausbau der Fernwärmeversorgung würde so zugleich ein wesentlicher Beitrag zum Umweltschutz geleistet.

– Bedeutend mehr Mittel sollten für den Erhalt und die Wiederherstellung kulturhistorisch wertvoller Bauten eingesetzt werden. Die Mobilisierung zusätzlicher Finanzierungsquellen aus Unterstützungsfonds oder Stiftungen könnte hierbei eine Hilfe sein.

– Leistungsvermögen und Profil des Bauwesens gilt es entsprechend der neuen Struktur der Bauaufgaben zu entwickeln. Gefragt sind rationelle Technologien für Instandsetzungs- und Modernisierungsleistungen und solides handwerkliches Können. Zu prüfen ist auch, ob nicht kleinere, ortsansässige Baubetriebe einschließlich des genossenschaftlichen und privaten Bauhandwerks besser in der Lage sind, flexibel und mit geringem Verwaltungsaufwand diese Aufgaben zu meistern. Unbedingt zu verbessern ist die Versorgung des örtlich geleiteten Bauwesens und der Gebäudewirtschaftsbetriebe mit Baumaschinen, Fahrzeugen, Handwerkszeug und Material.

– Wir sind dafür, den Wohnungsbau eng mit einer sozial verträglichen und ökonomisch sinnvollen Wohnungs- und Mietpolitik zu verbinden.

Wir sprechen uns mit aller Entschiedenheit dafür aus, an diese Frage besonders überlegt und behutsam heranzugehen.

Das Mietrecht an Wohnungen, Einfamilienhäusern und Gärten darf durch niemand, auch nicht durch ausländische Immobilienhaie, in Frage gestellt werden. Es sind gesetzliche Regelungen zu schaffen, um Mietwucher und Spekulation zu verhindern. Wir treten für die Bildung eines Mieterbundes ein.